



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

LGBTIQ* in Ungarn massiv unter Druck – Menschenrechtsverletzungen der Orbán-Regierung stoppen und europäische Grundwerte verteidigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt mit Sorge zu Kenntnis, dass das ungarische Parlament ein Gesetz verabschiedet hat, das Minderjährigen den Zugang zu Informationen über Homosexualität, Transsexualität und Geschlechtsumwandlungen verbietet.

Der Landtag stellt fest, dass das LGBTIQ*-feindliche Zensurgesetz gegen EU-Recht verstößt und sieht diesen Angriff auf die Grundrechte von LGBTIQ* als unvereinbar mit den Europäischen Werten. Die staatliche Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen in Ungarn ist mit der Resolution 17/19 des UN-Menschenrechtsrats zu Menschenrechten, sexueller Orientierung und sexueller Identität unvereinbar.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf bundes- und europapolitischer Ebene sowie in ihren bilateralen Beziehungen zu Ungarn und zum Franz-Josef-Strauß-Preis-träger Viktor Orbán für ein Bekenntnis zu den Menschenrechten und für eine Verbesserung der Situation von LGBTIQ* in Ungarn einzusetzen und in diesem Sinne

- die sofortige Rücknahme des ungarischen Gesetzes einzufordern und sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen,
- dass die EU-Kommission als Hüterin der europäischen Verträge die Verletzung von europäischem Recht durch die Aussetzung oder Kürzung von EU-Mitteln sanktioniert.

Begründung:

Das mit den Stimmen der Regierungspartei Fidesz von Viktor Orbán und der rechtsradikalen Jobbik beschlossene Gesetz in Ungarn sieht ein Verbot von Büchern, Filmen und anderen Inhaltsträgern vor, die Kindern und Jugendlichen als Aufklärungsprogramme zugänglich sind und für einen respektvollen Umgang mit LGBTIQ*-Menschen sensibilisieren. Darüber hinaus soll jede Art von Werbung verboten werden, in der Homosexuelle oder Transsexuelle als Teil einer Normalität erscheinen. Das Zensurgesetz stellt einen Angriff auf die Rechte der LGBTIQ*-Community dar und hat die Anerkennung der LGBTIQ*-Gruppe in Ungarn de facto abgeschafft.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schrieb bereits im Dezember 2019, dass in Viktor Orbáns Regierung „Homophobie fester Bestandteil der Staatsideologie“ sei.

Die EU-Kommission droht Ungarn wegen der Verabschiedung des LGBTIQ*-feindlichen Zensurgesetzes mit Sanktionen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Dieses ungarische Gesetz ist eine Schande.“ Ein Sprecher der Kommission betonte,

dass die Kommission einen klaren Standpunkt zu Diskriminierung habe und sich verpflichtet fühle, die Ungleichheiten und Probleme anzugehen, mit denen es Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und queere Menschen in Europa zu tun hätten. Sollte die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, könnte dies dann mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes enden.

Die Rechte von LGBTIQ*-Personen sind Menschenrechte. Jede Nation hat die Pflicht, lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Personen vor Diskriminierung zu schützen.